

Ausführlich erläutert die Stv. Schmid für die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag sowie die Gründe, die fraktionsseitig die Wichtigkeit der Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten erforderlich machen.

StVR Baumhoer teilt mit, dass diesem Antrag inhaltlich nichts hinzuzufügen sei. Er erklärt sich bereit, aufgrund des Antrages Kontakt mit den Partnerkommunen aufzunehmen und bezüglich der Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten Gespräche mit den Partnerkommunen zu führen.

Stv. Lenz gibt zu bedenken, dass der Sinn und Zweck eines Klimamanagers für ihn nicht zu erkennen sei. Er bittet um Auskunft, wieviel eine solche Stelle koste und für welche Dauer ein solcher Beauftragter eingestellt werde. Er halte es für sinnvoller zeitgleich abzuklären, ob durch externe Fachleute auf Honorarbasis die gleiche Tätigkeit erledigt werden könnten.

Daraufhin teilt StVR Baumhoer mit, dass die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten im Gesetz vorgesehen sei. Eine Förderung von Maßnahmen des Klimaschutzes erfolge zudem nur, wenn ein Klimaschutzbeauftragter bestellt worden sei.

Aufgrund des Einwandes des Stv. Lenz, der eine Gegenüberstellung der Kosten mit einer externen Firma fordert, stellt Stv. Pütz den Antrag, die Angelegenheit in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Um ein Missverständnis zu vermeiden, stellt Stv. Schmid klar, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht zum Inhalt habe, einen Beschluss über die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten herbeizuführen, sondern zunächst lediglich die Beauftragung zur Vorbereitung mit Abwägung der Vor- und Nachteile darstelle.

Aufgrund der Erklärungen der Stv. Schmid einigt sich der Rat auf Vorschlag des Stv. Hoene auf einen leicht abgeänderten Antragstext und fasst im Anschluss folgenden

Beschluss:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, ohne zeitliche Verzögerung Vorbereitungen für eine mögliche Einstellung eines Klimamanagers (w/m) zu treffen und insbesondere aktiv auf die Partner im gemeinsamen Klimaschutzkonzept der Gemeinden Reichshof und Morsbach sowie der Städte Wehl und Bergneustadt einzuwirken, damit der Rat schnellstmöglich eine Entscheidung hierüber treffen kann.